

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 14. MÄRZ 2018



## KITAS SOLLEN AB 2019 BEITRAGSFREI WERDEN

BÜRGERSCHAFT BESCHLIESST ANTRAG VON SPD UND GRÜNEN

**Ab 2019 soll es in Bremen und Bremerhaven keine Elternbeiträge mehr für Kitas geben. Das hat die Bürgerschaft heute beschlossen. Der Antrag von SPD und Grünen sieht vor, dass der Senat nun ein Konzept vorlegen soll, wie dies finanziell ermöglicht werden kann. Mustafa Güngör, Sprecher für Kinder und Bildung der SPD-Fraktion, betonte in seiner Rede: „Gebührenfreie Bildung‘ ist und bleibt ein fester Kern sozialdemokratischer Politik. Deswegen haben wir in Bremen immer gegen Studiengebühren gekämpft – und deshalb setzen wir uns jetzt für den Schritt zur beitragsfreien Kita ein.“**

„Die Wissenschaft ist sich einig: Die Grundlagen für einen guten Bildungsweg unserer Kinder werden in den Kitas in der frühkindlichen Bildung gelegt“, sagte Güngör heute in der Debatte in der Bürgerschaft. „Genau deshalb ist es richtig, dass es ab August 2019 keine Elternbeiträge in Bremen und Bremerhaven mehr geben wird. Die beitragsfreie Kita wird damit für alle Kinder und Eltern in unseren beiden Städten zur Realität.“

Die Bürgerschaft hat einen entsprechenden Antrag von SPD und Grünen heute einstimmig verabschiedet. Darin wird der Senat aufgefordert bis Ende Mai ein Konzept für beitragsfreie Kitas vorzulegen. Darin sollen auch die exakten Kosten ermittelt und die Finanzierung dargestellt werden. Dabei soll der Kita-Ausbau unvermindert weitergehen und auch weiterhin in die Verbesserung der Qualität investiert werden.

„Wir verbinden mit der Beitragsfreiheit das feste Ziel: Die Qualität der Betreuung muss

sichergestellt werden, und für jedes Kind muss ein Kita-Platz zur Verfügung stehen“, betonte Güngör – und wandte sich damit auch an die CDU. Diese hatte gefordert, schon zum August dieses Jahres die Beiträge abzuschaffen. Güngör: „Jetzt auf die Schnelle etwas übers Knie zu brechen, wie die CDU es fordert, ist nicht nur unseriös sondern unlauter. Wir wollen Eltern mit der Gebührenfreiheit entlasten – aber mit einer derartigen Ad-Hoc-Nummer ist ihnen eben nicht geholfen. So macht man unser richtiges – und ich hoffe weiterhin gemeinsames – Ziel zur Farce.“

„Dass die CDU jetzt versucht, sich mit diesem Antritt an die Spitze der Bewegung zu setzen, mag verständlich sein, um einen neuen, unbekannteren Spitzenkan-



Mustafa Güngör

didaten ins Gespräch zu bringen“, fügte Güngör hinzu. „Aber so richtig glaubhaft ist das nicht – insbesondere angesichts der Tatsache das die SPD und auch die Linke schon für kostenfreie Bildung gestritten haben, als bei den Christdemokraten noch die ‚Herdprämie‘ der politische Renner gewesen ist.“ Und so zog Güngör abschließend das Fazit: „Wir werden unsere Anstrengungen beim Kita Ausbau fortsetzen. Und wir werden dafür sorgen, dass die Beitragsfreiheit nicht zulasten der Qualität geht. So schaffen wir gemeinsam mit der Beitragsfreiheit gute Voraussetzungen für den Bildungsweg unserer Kinder. Darüber hinaus stärken wir so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entlasten Eltern. Das alles zusammengenommen ist für mich ein mehr als gutes Signal, das hier heute von der Bürgerschaft ausgeht!“

**> Antrag: Kitas beitragsfrei machen – weiteren Ausbau und Betreuungsqualität sicherstellen**

[http://tiny.cc/kitas\\_beitragsfrei](http://tiny.cc/kitas_beitragsfrei)

## ANTRAG

## RECHTSEXTREMISMUS IN DEN BLICK NEHMEN!

Die Bürgerschaft hat heute eine Neuauflage des Berichts über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Bremen beschlossen. In einem entsprechenden Antrag von SPD und Grünen wird der Senat aufgefordert, einen solchen Bericht bis zum Jahresende vorzulegen.

„Es ist leider so, dass Fremdenfeindlichkeit wieder salonfähig geworden zu sein scheint“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal, heute in der Debatte. „Vieles wird einfach mit dem Etikett ‚Meinungsfreiheit‘ versehen und es wird noch schnell ein ‚Das wird man ja wohl noch sagen dürfen‘ hinterher geschoben, und dann soll es okay sein – aber das ist es nicht!“



Sükrü Senkal

Um dieses Phänomen müsse man sich kümmern, so der Sozialdemokrat. Man müsse herausfinden, wann aus einer Grundhaltung Ideologie werde und was es für die Entwicklung



einer Gesellschaft bedeute, wenn diese Fremdenfeinden zuhöre. Nötig sei es, die Lage zu erfassen und dabei auch neuere Bewegungen wie die sogenannten „Reichsbürger“ oder die „Identitäre Bewegung“ aufzunehmen – inklusive ihrer personellen Überschneidungen und auch eventueller Verflechtungen mit der „Jungen Alternative“, der Jugendorganisation der AfD.

„Meiner Ansicht nach haben wir es zunehmend mit inakzeptablen, offen antisemitischen, rechtsextremen und fremdenfeindlichen Äußerungen zu tun,

die unsere demokratische, vielfältige Gesellschaft bedrohen“, sagte Senkal abschließend. „Deshalb ist es nach fünf Jahren an der Zeit für eine Neuauflage des Berichts über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen. Denn auch in unseren beiden Städten fassen zunehmend rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen Fuß.“

>Antrag: Erhöhte Wachsamkeit: Sechster Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen <http://tiny.cc/WACHSAMKEIT>

## DEBATTE REINKEN NIMMT UNTERNEHMEN IN DIE PFLICHT

Die Ankündigung von Hachez, seine Schokoladenproduktion nach Polen zu verlagern, hat heute die Bürgerschaft beschäftigt. Die Linke hatte die Entscheidung der Toms-Gruppe, zu der das Bremer Unternehmen mittlerweile gehört, zum Anlass genommen, eine Aktuelle Stunde zu beantragen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Reinken, warnte davor, am Beispiel Hachez die wirtschaftliche Entwicklung Bremens oder die Entwicklung der Nahrungs- und Genussmittelbranche zu zerreden. Dem stünden die Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Bremen diametral entgegen.

Gerade das Beispiel Hachez eigne sich nur bedingt dazu, eine Debatte über die Bremer Wirtschaftspolitik oder die Wirtschaftsförderung im Allgemeinen zu führen, erklärte Reinken. Mit der Geschäftsführung habe es einen kontinuierlichen, intensiven Dialog durch den Senat gegeben. Auch habe es nur wenige Wochen vor der Entscheidung ein Bekenntnis zum Standort Bremen gegeben. Es habe also keinen Hinweis auf Probleme oder Verlagerungspläne gegeben. „Eine solche Entscheidung wird aber aus der fernen Konzernzentrale getroffen, und die Geschäftsführung vor Ort wird entsprechend angewiesen“, so der Sozialdemokrat. „Standorttreue ist dann kein

hauptsächlich entscheidendes Kriterium. Entscheidend ist vor allem der Profit.“

Man müsse anerkennen, dass der Einfluss der Wirtschaftspolitik auf die Entscheidungen international agierender Konzerne beschränkt sei. „Die Politik muss für gute Rahmenbedingungen sorgen“, sagte Reinken, „die Investitionen aber müssen von den Unternehmen kommen – und diese Investitionen sind nötig, um die Arbeitsplätze in der Fertigung in Bremen zu erhalten. Der Impulsgeber muss die Wirtschaft sein – und wir unterstützen sie.“

Reinken mahnte, dass bei der Diskussion über die wirtschaftliche Entwicklung das produzierende Gewerbe sowie der Bereich Logistik und Handel nicht vernachlässigt werden dürften. „Gerade hier brauchen wir Arbeitsplätze, von denen Menschen leben



Dieter Reinken

und mit denen sie ihre Familien ernähren können“, so der Sozialdemokrat abschließend. „Darauf müssen wir unsere Wirtschaftspolitik ausrichten.“

## VERWALTUNG DIGITAL

Die Bremische Bürgerschaft hat heute das E-Government-Gesetz beschlossen. Das Gesetz verpflichtet den Senat zur Einführung von elektronischen Akten und Rechnungen sowie von verschlüsselter Kommunikation. „Das Ziel dabei ist, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren gesamten Schriftverkehr auch elektronisch abwickeln können“, erklärte der Sprecher für Informationsfreiheit der SPD-Fraktion, Rainer Hamann, heute am Rande der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft.

Für Hamann ist das heute beschlossene Gesetz eine gute Grundlage für die digitale Gesellschaft und die Modernisierung der Verwaltung. „Wichtig ist, dass die Angebote barrierefrei sind und auch die Bedarfe von älteren Menschen berücksichtigt werden“, so Hamann. Auch bei der Kommunikation mit den Beiräten und bei Beteiligungsverfahren sieht Hamann noch weitere Verbesserungsmöglichkeiten: „Die Aufstellung des Verkehrsentwicklungsplans ist ein gutes Beispiel für das, was möglich ist. Daran wollen wir anknüpfen.“



Rainer Hamann